

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche sind wir wieder mit einer Vielzahl an neuen Themen in die bereits dritte Sitzungswoche im Jahr 2020 gestartet. Im Folgenden finden Sie wie gewohnt meinen persönlichen **Brief aus Berlin** von der vergangenen Sitzungswoche aus dem Deutschen Bundestag von **Montag, den 10. Februar 2020** bis einschließlich **Freitag, den 14. Januar 2020** zu Ihrer freundlichen Information.

– Die Politische Lage in Deutschland –

Jetzt müssen wir zusammenhalten.

Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich dazu entschlossen, nicht als Kanzlerkandidatin zur Verfügung zu stehen und beim nächsten Parteitag nicht mehr als Parteivorsitzende der CDU zu kandidieren. Wir haben großen Respekt vor ihrer Entscheidung. Wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dürfen uns jetzt aber nicht in endlosen Personaldiskussionen verlieren. Das würde uns schaden.

Wir als Fraktion sind jetzt der Stabilitätsanker der Union, hier arbeiten CDU und CSU im Interesse unseres Landes gut zusammen. Wir haben viele Projekte vor uns, die wir gemeinsam angehen und die wir derzeit beraten: Dazu zählen die Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, bessere Bedingungen für die Landwirte, Kohleausstieg, Strukturwandel in den betroffenen Regionen, Stärkung der Bundeswehr und der inneren Sicherheit, Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Meinen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist vollkommen bewusst, dass die Menschen in Deutschland von uns in der Union nun entsprechende Antworten für die Zukunft unseres Landes erwarten.

Was Thüringen und die Debatte darum angeht, ist uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar: Bei der Abgrenzung nach rechts- und linksaußen darf es keine Grauzonen geben. Das ist eine Schwarz-Weiß-Entscheidung. Folglich ist diese Angelegenheit Das ist für uns auch eine Handlungsfrage. **Aus gutem Grund hat die CDU auf dem Parteitag im Dezember 2018 folgenden Beschluss gefasst: „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“** Ebenso haben wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Anfang 2018 einen Beschluss gefasst, nach dem wir mit keiner dieser beiden Kräfte zusammenarbeiten wollen.

– Die Woche im Parlament –

Beratung des 12. Berichts der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Migration.

Im Plenum haben wir in dieser Woche den 12. Bericht der Migrationsbeauftragten beraten, welcher die Entwicklungen und Erkenntnisse über Migration und Integration in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen beschreibt und Handlungsbedarfe benennt. Der Bericht unterstreicht unter anderem, dass Integration so früh wie möglich beginnen muss. Die Beauftragte fordert in diesem Zusammenhang einen verpflichtenden Sprachtest für alle Kinder und eine bessere Sprachförderung

schon vor der Einschulung. Neben der Schulbildung ist auch die Teilhabe am Arbeitsmarkt entscheidend für die Integration.

Anerkennung der von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten.

Meine Kolleginnen und Kollegen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ich persönlich setzen uns mit voller Kraft dafür ein, dass die Opfergruppen der im Dritten Reich als sogenannte "Asozialen" und "Berufsverbrecher" diffamierten Menschen als Opfer des Nationalsozialismus stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dafür soll bundesweit eine modulare Ausstellung gezeigt werden. Das Ausstellungskonzept soll von der Stiftung "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" erarbeitet werden. Zudem sollen Forschungsinitiativen gefördert und die Gedenkstätten darin unterstützt werden, die Aufarbeitung der Verfolgung dieser Opfergruppen zu verstärken. Die in dieser Weise Verfolgten sollen explizit in die Aufzählung der Leistungsempfänger in den Fonds gemäß den Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG)-Härterichtlinien aufgenommen werden.

Ein umfassendes Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem BREXIT – Für eine faire und enge Partnerschaft.

Auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU streben wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine enge Partnerschaft an. Dabei müssen zentrale EU-Interessen wie die Integrität des Binnenmarkts und die Entscheidungsautonomie der EU allerdings gewahrt bleiben. Bei den anstehenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen muss die Entwicklung der Beziehungen zum Vereinigten Königreich insgesamt im Auge behalten werden. Wahrung von Kohärenz und Einheit der EU sind in diesem Zusammenhang folglich von größter Bedeutung. Eine einheitliche EU-Verhandlungsführung ist sinnvoll, aber die Kompetenzen der Mitgliedstaaten müssen gewahrt bleiben und Fachexpertisen ausreichend berücksichtigt werden.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID).

Den Antrag der Bundesregierung über die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Darfur haben wir diese Woche ebenfalls beraten. Ziel der Mission ist es, die neue sudanesishe Regierung in ihrem Streben nach einer dauerhaften Lösung des Darfurkonflikts weiterhin zu unterstützen. Die Mission ist ein weiterer Beitrag zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region. Konkret soll die Mandatsobergrenze von zuletzt 50 auf nunmehr 20 einzusetzenden Soldaten reduziert werden, bei einer Verlängerung der Einsatzdauer bis zum 31. Dezember 2020. In der Zeit bis zum Jahresende soll der Rahmen zu einem Übergang zu einer zivilen Mission geschaffen werden.

Transformationsprozess im Sudan unterstützen – Wiederaufnahme und Ausbau der bilateralen politischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Sudan.

Zudem würdigen wir den demokratischen Wandel im Sudan zu einer zivilen Übergangsregierung. Um die neue Regierung in der Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen sie aktuell steht, zu unterstützen, soll der eigene Beschluss des Deutschen Bundestags vom 14. Juni 1989 aufgehoben werden, mit dem seinerseits die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Sudan eingestellt wurde.

Darüber hinaus stand diese Woche die Diskussion über eine Verlängerung des Bundeswehrmandats für den Einsatz im Rahmen des VN-Mandats im Südsudan unter Beibehaltung der bestehenden Mandatsobergrenze von 50 Soldaten auf dem Programm. Aktuell sind 13 deutsche Soldaten im Rahmen der Mission im Einsatz, etwa zum Schutz von Zivilpersonen, zur Schaffung förderlicher Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe oder in der Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte. Die erfolgreiche Umsetzung des VN-Mandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar.

Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung (Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz).

Mit dem Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz haben wir ebenfalls in zweiter und dritter Lesung den Risikostrukturausgleich zwischen den einzelnen Krankenkassen reformiert. Verschiedene Fehlanreize und Wettbewerbsverzerrungen, die seit einiger Zeit festzustellen waren, können so abgestellt und ausgeglichen werden. So werden wir etwa die wettbewerblichen Rahmenbedingungen im Finanzausgleich anpassen und das Organisationsrecht modernisieren. Für alle Krankenkassen sollen dadurch möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Im Einzelnen werden wir zur besseren Bestimmung des Ausgleichsmechanismus beispielsweise eine Regionalkomponente in die Bewertung einfügen und das System durch eine Manipulationsbremse schützen. Auch vorgesehen ist etwa ein Risikopool zur Abfederung von Hochkostenfällen.

Viertes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes.

In dieser Woche haben wir in zweiter und dritter Lesung Anpassungen für das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz beschlossen, welches das Äquivalent zum BAföG in der beruflichen Bildung darstellt. Mit dieser Anpassung wollen wir einen Zugang zur beruflichen Höherqualifizierung sicherstellen, die Motivation für Fortbildungen stärken und berufliche Aufstiegschancen verbessern. Dazu verbessern wir die Leistungen, erweitern die Fördermöglichkeiten und stärken zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So sieht der Entwurf zum Beispiel eine Verdoppelung des Unterhaltsbeitrages für Vollzeitgeförderte vor.

Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn.

Des Weiteren haben wir im Rahmen dieser Sitzungswoche in zweiter und dritter Lesung für eine Verlängerung der Mietpreisbremse für die Dauer von fünf Jahren abgestimmt. Dieses Instrument soll es den Ländern erneut ermöglichen, ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt durch Rechtsverordnung zu bestimmen, die weiterhin eine Höchstgeltungsdauer von fünf Jahren betragen darf. Spätestens mit Ablauf des 31. Dezembers 2025 sollen alle Rechtsverordnungen außer Kraft treten. Außerdem stärken wir den Mieter dadurch, dass dieser gegenüber dem Vermieter auf Rückzahlung zu viel gezahlter Miete bestehen kann.

– Daten und Fakten –

Verständigung in Moskau.

Am 10. Februar 1990 konnte Bundeskanzler Helmut Kohl Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow während eines Staatsbesuches in Moskau davon überzeugen, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten keine Bedrohung, sondern eine Chance für den Frieden und die Einheit in Europa darstelle. Kohl zitierte die Übereinstimmung der beiden, dass es „das alleinige Recht des deutschen Volks“ sei, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will, in einer Pressekonferenz am Abend des gleichen Tages. Er fügte hinzu, „dies ist ein guter Tag für Deutschland und ein glücklicher Tag für mich persönlich“.

Bereits Ende Januar 1990 hatte Gorbatschow davon gesprochen, dass die beiden deutschen Staaten ihre Beziehungen zueinander zielstrebig ausbauen sollten. Entscheidend für die Zustimmung Moskaus zur Wiedervereinigung war letztlich die Regelung, dass die Gebiete der DDR einen militärischen Sonderstatus erhalten sollten, sofern das vereinigte Deutschland weiterhin Mitglied der NATO sein würde. **Mit der in Moskau erreichten Unterstützung der UdSSR hatte die Regierung Kohls einen bedeutsamen Schritt zum „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ gemacht.** (Quelle: KAS)

Sollten Sie mehr über meine Arbeit in Berlin und in meiner **Heimat Altötting/Mühldorf am Inn** wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf **meiner persönlichen Webseite** vorbei: www.mayer-stephan.de.

Dort finden Sie **Aktuelles, Persönliches** und sind immer bestens informiert!

Für Rückfragen stehe ich Ihnen natürlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen **weiterhin viel Freude beim Lesen.**

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Stephan Mayer, MdB

Stephan Mayer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-74932

Fax: 030-227-76781

E-Mail: stephan.mayer@bundestag.de

Web: www.mayer-stephan.de

Nr. 3 | 14.02.2020

Grüß Gott,

anbei finden Sie unseren aktuellen Brief aus Berlin:

Am Donnerstag hat sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit den Wahlereignissen in Thüringen auseinandergesetzt. Am 5. Februar wurde Thomas Kemmerich (FDP) dort mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt.

Der Bundestag hat am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde die Strategie zur Vorbeugung gegen das Coronavirus in Deutschland diskutiert. Anfang Januar war bei den ersten Deutschen in Bayern das Virus entdeckt worden.

Die Abgeordneten haben in dieser Sitzungswoche auch über das Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien nach dem Brexit debattiert. Die CSU im Bundestag spricht sich für eine faire und enge Partnerschaft aus.

Viel Spaß beim Lesen!

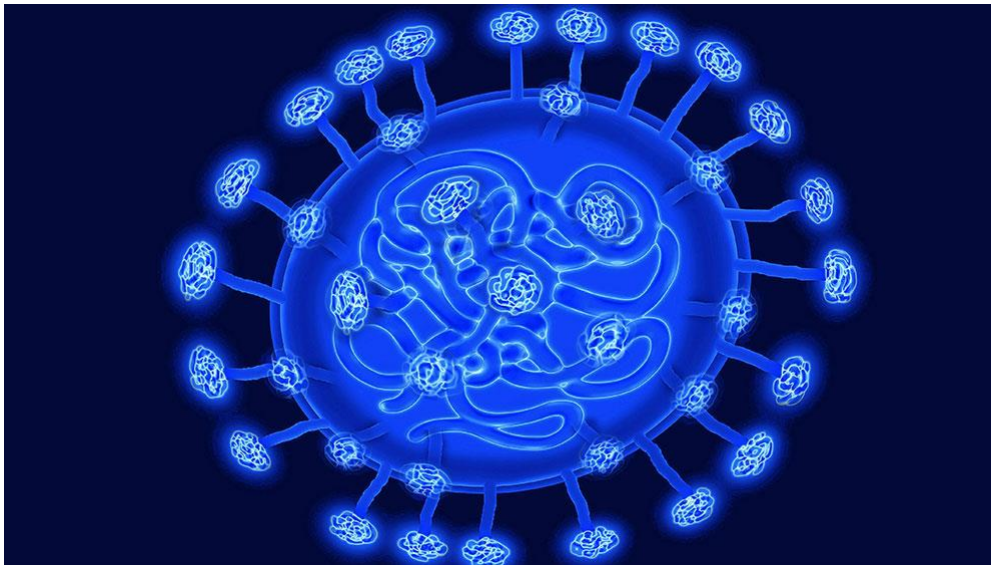


AKTUELLE STUNDE

Kuffer: AfD hat in Thüringen getäuscht und manipuliert

Am Donnerstag hat sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit den Wahlereignissen in Thüringen auseinandergesetzt. Am 5. Februar wurde Thomas Kemmerich (FDP) mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt.

[Weiterlesen](#)



CORONAVIRUS

Hervorragendes Krisenmanagement beim Umgang mit dem Coronavirus

Der Bundestag hat am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde die Strategie zur Vorbeugung gegen das Coronavirus in Deutschland diskutiert. Anfang Januar war bei den ersten Deutschen in Bayern das Virus entdeckt worden.

[Weiterlesen](#)



BREXIT

Neue Verhandlungsrunde zu künftigen Beziehungen mit Großbritannien

Am Donnerstag haben die Abgeordneten über das Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit debattiert. Die CSU im Bundestag spricht sich für eine faire und enge Partnerschaft aus.

[Weiterlesen](#)

Kontakt

[CSU im Bundestag](#)

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Social Media

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Instagram](#)

[YouTube](#)

Bürgerinfo 030 / 227-51999

Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information, darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).